

Malte Schmidthals

Wir brauchen den Kohlekonsens!

Vorschlag an die Bundesregierung zum
längerfristigen Ausstieg aus der
Braun- und Steinkohle



Revival der Kohle – Mit Macht ins Treibhaus ?

Seit der Verteuerung der Gaspreise 2006 greifen die Energiekonzerne bei Ihren Kraftwerksplanungen zunehmend auf einen – was Neuinvestitionen betrifft – schon vergessen geglaubten Brennstoff zurück: auf die Kohle.

Vorher schien die Sache klar: Erdgas sollte als Zwischenlösung dienen, bis ausreichend Strom aus erneuerbaren Energiequellen bereitgestellt werden kann.

Für Erdgaskraftwerke sprechen:

- Klimaschutzgründe
Erdgas verursacht bei der Verbrennung verglichen mit Braunkohle nur die Hälfte an CO₂. Für Steinkohle fällt der Vergleich nur wenig besser aus.
- Bessere Regelbarkeit von Gaskraftwerken
Hieraus ergibt sich die gute Kombinierbarkeit von Gaskraftwerken mit der Windenergie, denn die (unstete) Windenergie bedarf der Gegenregelung.
- Mögliche Nutzbarkeit von Biogas – Damit wird die notwendige Option zur späteren Nutzung einer Erneuerbaren Energiequelle offen gehalten
- Geringere Investitionskosten

Seit 2006 wird energiewirtschaftlich zurückgerudert. Die behauptete „Versorgungsunsicherheit“ bei den Erneuerbaren Energieträgern und beim Erdgas dient dabei als Vehikel um für die nächsten Jahrzehnte eine zentrale auf wenige Großkonzerne ausgerichtete Versorgungsstruktur zu schaffen. Erst einmal gebaut, würden die geplanten Kraftwerke (2007 war von bis zu 40 Standorten an Neu- und Ersatzinvestitionen die Rede) die Energiewirtschaft der nächsten 40 Jahre und damit die Gewinnmargen und die gesellschaftliche Macht der Energiekonzerne festschreiben, selbst wenn diese gezwungen sein sollten, die direkte Verfügung über die Stromnetze aufzugeben.

Dem gegenüber steht die Erkenntnis, dass ein völliger Verzicht auf den Neubau von Kohlekraftwerken notwendig wäre, wenn die Bundesrepublik ihr Ziel der 40-prozentigen Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 erreichen will und dass dieser Verzicht mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch möglich ist, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Wirtschaftliche Risiken der Kohleverstromung

Und auch für die Stromkonzerne hat die Kohleooption nicht nur Vorteile:

- Mit dem Anstieg nicht nur der Energie- sondern auch anderer Ressourcenpreise steigt die Differenz bei den Investitionskosten, d.h. die sowieso teureren Kohlekraftwerke legen im Preis noch mal zu.
- Spätestens ab 2013 drohen die Preise der CO₂-Zertifikate stark anzuziehen, ein schwer zu kalkulierendes Risiko.
- Auch die Kohlepreise beginnen relativ unvorhersehbar anzusteigen. So hat sich der Weltmarktpreis (Spotmarktpreise für südafrikanische Exportkohle) seit einem Jahr fast verdoppelt.

- Planungen und Neubauten von Großkraftwerken allgemein und Kohlekraftwerken insbesondere werden auf Widerstand in der Bevölkerung treffen. Auch dieses Risiko ist schwer zu kalkulieren, wenn mit der Planung begonnen wird.

Vorschlag Kohlekonsens analog zum Atomkonsens

In dieser Situation schlagen wir vor, einen „Kohlekonsens“ anzustreben, der sich am – selbstverständlich unverändert belassenen – „Atomkonsens“ orientiert. Denn bei beiden Problemlagen liegen die Übereinstimmungen auf der Hand:

- Aus einer ökologisch nicht tragbaren Energieform muss ausgestiegen werden. Bei der Atomenergie wurde der Ausstieg für 2021 vereinbart. Ein – sicher erheblich späterer – Termin für die Kohle kann ebenso festgelegt werden.
- Der Kreis der Akteure ist überschaubar.
- Eine sofortige Abschaltung war bei der Atomindustrie zumindest politisch nicht durchsetzbar und im Falle der Kohlekraftwerke würde diese tatsächlich zu Versorgungsengpässen führen.
- Es gibt eine prognostizierte Wachstumskurve für die Erneuerbaren, auf der wir uns in den letzten Jahren auch bewegen. Der Zeitpunkt für den Kohleausstieg ist also berechenbar.
- Die Stromwirtschaft hat Interesse an Planungssicherheit. Evtl. gehören hierzu auch einzelne Ersatzinvestitionen, die aber über das bekannte Instrumentarium von Restlaufzeiten und Reststrommengen begrenzt werden können und sich dann an einen Pfad zum endgültigen Ausstieg aus dieser klimaschädlichen Stromerzeugung halten müssen.

Unabhängiges Institut für Umweltfragen

Malte Schmidhals

April 2008